

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten der Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Stadt Ludwigshafen am Rhein Präsidentin des Deutschen Städtetages

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Im laufenden Jahr wurden der Stadtverwaltung Ludwigshafen 1 414 Asylsuchende zugewiesen. Davon wurden 96 Personen zur Erstaufnahme aufgenommen (ohne vorherige Registrierung) und anschließend weiter verteilt. 39 waren unbegleitete Minderjährige, für die direkt das Jugendamt die Vormundschaft übernommen und sie untergebracht hat. Am 14. Dezember 2015 waren insgesamt 1 365 Asylsuchende in Ludwigshafen untergebracht.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Es ist ein zentrales Anliegen der Flüchtlingspolitik in Ludwigshafen, die Unterbringung in unbeheizten Zelten, Turnhallen und Gemeinschaftshäusern zu vermeiden. Bisher konnte dies erreicht werden.

Mit Stand vom 14. Dezember 2015, können 46 Prozent der Asylsuchenden (v.a. Familien; 634 Personen) dezentral in Wohnungen untergebracht werden und 54 Prozent (i.d.R. Männer; 731) in Gemeinschafts- und Notunterkünften. Familien sind also nahezu alle in Wohnungen bzw. in Appartements von Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Derzeit befinden sich 10 Punkthäuser in Schlichtbauweise zur Flüchtlingsunterbringung im Bau oder in der Planung. Jedes dieser Häuser bietet 6 Wohnungen, die jeweils mit maximal 9 Personen belegt werden können (also maximal 54 Personen pro Haus. Perspektivisch wurden vom Stadtrat 7 weitere Standorte für derartige Unterkünfte beschlossen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die Feuerwehr als Katastrophenschutzbehörde hat zwei beheizbare und somit winterfeste Leichtbauhallen in Ludwigshafen errichtet, die am 6. November 2015 bezogen wurden. In den beiden SOS-Hauhallen können bis zu 240 männliche Asylsuchende für eine Übergangszeit von etwa drei Monaten untergebracht werden, bis feste Unterkünfte bezugsfähig sind. Sechs weitere beheizbare Hallen sollen an vier verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Ludwigshafen für weitere 1 440 Asylsuchende errichtet werden.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Einstellung der Bevölkerung in Ludwigshafen gegenüber den Asylsuchenden ist ganz überwiegend von Verständnis und Wohlwollen geprägt. Dazu trägt auch eine offene und Informationspolitik der Stadtverwaltung bei. Ich selbst habe gemeinsam mit dem Sozialdezernenten und dem jeweiligen Ortsvorsteher die Bevölkerung in allen Stadtteilen unmittelbar und persönlich in Bürgerforen über die jeweiligen Planungen zur Unterbringung von Asylbewerbern informiert. Dabei bestand immer die Möglichkeit, Fragen zu stellen, und es gab auch Gelegenheit, Sorgen und Ängste zu artikulieren. So konnte manchen diffusen Befürchtungen die Spitze genommen werden.

Es ist ein großes ehrenamtliches Engagement in allen Stadtteilen erkennbar. Sieben „Cafés Asyl“ wurden bereits in Ludwigshafen von Ehrenamtlichen – häufig zusammen mit kirchlichen Institutionen – eröffnet. Bei den Bürgerforen in allen Stadtteilen konnte die Polizei Ängste bezüglich erhöhter Kriminalität und Übergriffe entkräften.

Zur Unterstützung einer positiven Aufnahme der Asylsuchenden in unserer Gesellschaft hat die Stadtverwaltung Ludwigshafen, zusammen mit der Leitstelle Kriminalitätsprävention des Landes Rheinland-Pfalz, eine Willkommens-Kampagne gestartet, bei der sowohl Plakate von Asylsuchenden wie auch von vielen Menschen aus der Stadtgesellschaft im öffentlichen Raum ausgestellt werden.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Wir müssen gegenwärtig davon ausgehen, dass in Ludwigshafen im März 2016 alle derzeit vorhandenen Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende erschöpft sein werden. Frühestens im Mai 2016 stehen weitere feste Unterkünfte in Form von Schlichtwohnungen zur Verfügung. Es droht also trotz aller Bemühungen zumindest für einen Zeitraum von etwa sechs Wochen die tatsächliche Unmöglichkeit, weitere Asylbewerber vernünftig und angemessen unterzubringen. Damit die Stadt eine Atempause hat, bräuchten wir eigentlich einen Zuweisungsstopp des Landes. Wir gehen aber nicht davon aus, dass es einen solchen geben wird. Daneben bleiben zwei große Daueraufgaben: die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten und die Integration der Neuankömmlinge mit Bleibeperspektive voranzutreiben.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Seit August 2015 erhalten alle neu ankommenden Asylsuchenden in Gemeinschafts- und Notunterkünften eine Basis-Sprachförderung von je 200 Stunden inklusive Unterrichtung in soziale Kompetenz sowie Informationen zum deutschen Gesellschaftssystem. Zuvor wird ein Kurz-Profiling durch die VHS durchgeführt, um Schul- und Berufsausbildung sowie berufliche Ziele und Wünsche der Asylsuchenden zu erfassen. Ab Anfang 2016 wird die VHS ihre Sprachförderung auch für dezentral untergebrachte Asylsuchende (mit Bleibeperspektive) ausbauen. Da die Sprache der erste und wichtigste Baustein für eine gelungene Integration in die Gesellschaft wie auch ins Arbeitsleben ist, wird hier in Ludwigshafen von Anfang an systematisch und im Kooperationsverbund mit Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter, den Industrie- und Handwerkskammern sowie vielen Firmen und Sprachanbietern vor Ort, investiert. Auch mit finanzieller Unterstützung und Spenden von ortsansässigen Firmen.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Am schwierigsten fällt uns vermutlich die Bereitstellung von Wohnraum. Schaffen müssen wir auch die Vermittlung in Sprache, Bildung und Beruf im gesamten Lebenslauf: Kindergartenplätze, Beschulung, Sprach- und Integrationskurse für die Erwachsenen, Integration in Arbeit über direkte Vermittlung, Anerkennung vorhandener Qualifikationen und Nachqualifizierung.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Der Bedarf an Wohnraum und an Integrationsangeboten für die Menschen, die bei uns bleiben werden, ist immens. Bund und Länder sollten deshalb 2016 ihre Förderung für den Wohnungsbau ausbauen, die Kommunen auch bei ihren erheblichen Investitionen in die neuen Asylbewerberunterkünfte unterstützen und einen maßgeblichen finanziellen Beitrag für die große Aufgabe der Integration in den Städten leisten. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die Integration elementar. Deshalb brauchen wir ein breiteres und zielgruppengerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen für Erwachsene und eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Kindertagesbetreuung und in den Schulen. Damit Flüchtlinge mit Bleibeperspektive möglichst schnell in Arbeit kommen, müssen sie Ausbildungsabschlüsse nachholen und sich weiterbilden können. Wir stehen vor einer großen Kraftanstrengung, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam bewältigen können.

- Die Anzahl der Asylsuchenden müsste weiter sinken.
- Die Asylverfahren müssten beschleunigt werden.
- Es müssten Entscheider für Asylverfahren in größeren Kommunen (in der Fläche) vor Ort sein, um die Verfahren zu beschleunigen und damit sich die Fahrtzeiten und Fahrtkosten für Asylbewerber im Rahmen halten.
- Offensichtlich aussichtslose Asylbewerber-Fälle dürfen nicht mehr an die Kommunen zugewiesen werden.
- Es müsste eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden in die Fläche geben. Es können nicht die ohnehin schon stark belasteten Oberzentren noch stärker belastet werden, während in ländlichen Regionen noch Gebäude leer stehen.
- Weiterhin sollte eine Vollkostenerstattung für alle kommunalen Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden angestrebt werden.
- Es müsste verstärkt in sozialen Wohnungsbau von Seiten des Bundes und der Länder investiert werden, auch damit Privatinvestitionen hier getätigt werden (Anreizprogramme).
- Zudem müsste ganz deutlich ein Fokus auf die großen Investitionen der Kommunen in die neuen Asylbewerberunterkünfte gelegt werden. Die bisherige Gesamtsumme für Investitionen in Asylbewerberunterkünfte in Ludwigshafen liegt für 2014 bis 2016 bei rund 60 Millionen Euro. Für diese kreditfinanzierten Investitionen, die die Schulden der bereits stark verschuldeten Stadtverwaltung Ludwigshafen weiter erhöhen, gibt es bislang weder vom Bund noch vom Land einen Zuschuss oder gar eine Gegenfinanzierung. Hier müsste dringend nachgesteuert werden.
- Es muss insgesamt für eine faire Lastenverteilung gesorgt werden. Das gilt auch für die Zeit nach Abschluss der Asylverfahren. Die eigentliche Aufgabe der Integration liegt noch vor uns. Diese Aufgabe kann nicht nur in wenigen Ballungszentren geleistet werden. Deswegen muss auch über Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber nachgedacht werden, die ihren Lebensunterhalt noch nicht selbst bestreiten können. Auch beim sozialen Wohnungsbau muss nach Steuerungsinstrumenten gesucht werden, die dafür sorgen, dass dieser nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in den sogenannten „Speckgürteln“ stattfindet.

Antworten des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly, Stadt Nürnberg
Vizepräsident des Deutschen Städtetages

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Stadt Nürnberg hat in diesem Jahr bisher rund 8.000 Flüchtlinge aufgenommen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Aktuell unterhält die Stadt Nürnberg 79 Regelunterkünfte. Bei ca. 30 Einrichtungen von diesen handelt es sich um sogenannte dezentrale Unterkünfte (Kleinsteinheiten mit Wohnungszuschnitt). Bei allen anderen Unterkünften handelt es sich um Gemeinschaftsunterkünfte. Diese Unterkünfte sind aber sehr unterschiedlich ausgestattet, zum Beispiel ehemalige Hotels, Pensionen, Hostels, Studentenwohnheime, etc. mit eigenem Bad und teils eigener Kocheinheit, bei anderen wiederum handelt es sich um klassische Gemeinschaftsunterkünfte mit Bädern und Küche am Gang. Alle Unterkünfte über 50 Personen werden durch einen Sozialdienst vor Ort betreut, alle Unterkünfte unter 50 Personen werden dezentral (durch Bürozeiten) betreut. Momentan erhält die Stadt Nürnberg eine wöchentliche Zwangszuweisung von 280 Flüchtlingen nach dem Königssteiner Schlüssel. Da der Wohnungsmarkt in Nürnberg angespannt ist - es gibt faktisch kaum Leerstände (siehe auch *Anlage* zu strategischem Vorgehen der Stadt, um klassischen Wohnraum nicht zu vernichten) – kann dieser Zugang nicht durch Regelunterkünfte abgedeckt werden. Deshalb wurden Notunterkünfte (sogenannte Not-GUs) eingerichtet. Momentan befinden sich neun Not-GUs in Betrieb (Messeleichtbauhallen an zwei Standorten mit einer Kapazität von jeweils 450 Plätzen, Turnhallen an drei Standorten mit einer Gesamtkapazität von 600 Plätzen, ein ehemaliges Lebkuchenlager mit 500 Plätzen, ein ehemaliges Schwimmbad mit 350 Plätzen sowie ein ehemaliges Logistikzentrum mit 800 Plätzen. Weitere Notunterkünfte für insgesamt 2 200 Plätze sind derzeit an verschiedenen Standorten in konkreter Planung. Weitere Not-GUs werden hinzukommen. Bisher konnte die Unterbringung in Zelten vermieden werden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Nürnberg eine Dependance der Zentralen Aufnahmeeinrichtung in Zirndorf mit 700 Plätzen.

In allen städtischen Einrichtungen ist die Sozialbetreuung mit einem Schlüssel von 1:100 gesichert (die Stadt geht hier zu 100 % in Vorleistung). Die restlichen Flüchtlinge auf dem Stadtgebiet sind in Unterkünften der Regierung von Mittelfranken untergebracht (13 GUs und vier Notunterkünfte).

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Seit Anfang November gibt es ein Akquise-Team mit acht festen Mitarbeitern/innen aus verschiedenen Ämtern (zum Beispiel Liegenschaftsamt, Sozialamt, Gebäudemanagement). Vorher wurde die Akquise von vier Kollegen/innen aus dem Sozialamt übernommen.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Stimmung in der Bevölkerung ist bisher insgesamt noch positiv. Generell ist zu beobachten, dass je urbaner das bauliche Umfeld ist, desto weniger Bedenken bestehen bei der Nachbarschaft.

Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ist ungebrochen. Es konnten in fast allen städtischen Unterkünften ehrenamtliche Helfer- und Unterstützernetze gebildet werden. Diese Etablierung erfolgt teils aus Eigeninitiative, durch einen Ehrenamtskoordinator im Sozialreferat und durch das "Zentrum Aktiver Bürger", eine Organisation, die als Partner zur Professionalisierung von Ehrenamt hinzugezogen wurde.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Sollten die hohen Zuweisungen anhalten, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Stadt Nürnberg irgendwann keine Plätze mehr vorhalten kann. Es wird aber alles daran gesetzt, weiterhin die Zuweisungen zu bewältigen. Zudem sind die Not-GUs nicht zur dauerhaften Unterbringung geeignet. Der Transfer von Not- in Regel-GUs dauert mit jeder Zuweisung länger.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Integration von Flüchtlingen findet überall dort statt, wo sie bereits Zugang zu den Regelinstitutionen haben (Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Schule, Kindergarten, Universität, Sportvereine). Besondere Bemühungen unternimmt die Stadt zusammen mit den weiteren Verantwortlichen beispielsweise in folgenden Bereichen:

- Kinder in Gemeinschaftsunterkünften werden frühestmöglich auf einen Kindergartenplatz vermittelt (Stadt Nürnberg) und nehmen hier auch an Deutschförderung teil.
- Kinder und Jugendliche besuchen allgemeinbildende Schulen: Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen (die überwiegende Mehrheit), Regelklassen an Grund- und Mittelschulen mit Deutschförderangeboten, in Einzelfällen auch spezielle Angebote der Realschulen und Gymnasien (überwiegend Freistaat Bayern, zum Teil kommunale Schulen; Sachaufwand durch die Stadt).
- Für spät eingereiste Jugendliche und junge Erwachsene haben die kommunalen Berufsschulen das spezielle Angebot „Berufsvorbereitungsjahr“ bzw. „BerufsinTEGRATIONSJAHR zur sprachlichen Integration“ (BvJ-si und BIJ-si) entwickelt. Im Schuljahr 2015/16 werden 38 Klassen betrieben. Das Modell wird inzwischen bayernweit umgesetzt.
- Die Handwerkskammer hat gemeinsam mit der Stadt eine Erklärung veröffentlicht, wonach jugendliche Flüchtlinge gezielt in Ausbildung gebracht werden sollen, und ist um die Umsetzung bemüht.
- Das Bildungszentrum (Volkshochschule) bietet Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskurse an.
- Die Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse bei der Stadt berät vermehrt auch Flüchtlinge.

- Die Stadtbibliothek hat ihre interkulturelle Bibliotheksarbeit erheblich erweitert und bietet Räume, Netzzugang und Materialien zum niedrigschwelligen Spracherwerb für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Für die Unterkünfte werden derzeit mehrsprachige Medienkisten entwickelt.
- Der kommunale Sportservice hat eine haupt- und ehrenamtliche Koordinatorenstruktur für Sportangebote für Flüchtlinge etabliert und kann Angebote aus kommunalen Mitteln bezuschussen. Die über das Bildungs- und Teilhabepaket sowie über Spenden und kommunale Mittel finanzierbaren Angebote im Sport werden auch Flüchtlingen zugänglich gemacht. Profi-Sportvereine (zum Beispiel Fußball, Basketball) laden Flüchtlinge zum Besuch der Heimspiele ein.
- Kultureinrichtungen (Museen, Kulturläden, Theater) machen spezielle Angebote.
- Die kommunale Ehrenamtskoordination bündelt ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Angebote und vermittelt diese in die Gemeinschaftsunterkünfte, wo Sozialbetreuungen und Helferkreise die Teilnahme ermöglichen (zum Beispiel ehrenamtliche Sprachkurse, Einladungen zu Veranstaltungen oder Besichtigungen). In Kooperation mit der kommunal geförderten Freiwilligenagentur „Zentrum Aktiver Bürger“ werden weitere ehrenamtlich getragene Unterstützungsangebote entwickelt, zum Beispiel Bildungspaten.
- Die Stadt hat ein großes Team ehrenamtlicher Übersetzer gewonnen, die (im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten) bestimmte Aufgaben übernehmen.
- Die kommunale Beschäftigungsgesellschaft hat Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration konzipiert und führt diese, finanziert durch die Arbeitsagentur bzw. das Jobcenter, bereits durch.
- Arbeitsagentur und Jobcenter entwickeln derzeit Ansatzpunkte für flächendeckende Erfassung, Kompetenzfeststellung und Beratung der Flüchtlinge.
- Die Integration in den Wohnungsmarkt ist auch für auszugsberechtigte Flüchtlinge angesichts der angespannten Situation bei günstigem Wohnraum schwierig. Die Stadt kooperiert mit einem Wohlfahrtsverband im Projekt „move´in“, das mit ehrenamtlicher Unterstützung Familien in freie Wohnungen vermittelt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Die praktischen Herausforderungen umfassen das gesamte „Integrations-Einmaleins“: Am schwierigsten fällt uns vermutlich die Bereitstellung von Wohnraum. Schaffen müssen wir auch die Vermittlung in Sprache, Bildung und Beruf im gesamten Lebenslauf: Kindergartenplätze, Beschulung, Sprach- und Integrationskurse für die Erwachsenen, Integration in Arbeit über direkte Vermittlung, Anerkennung vorhandener Qualifikationen und Nachqualifizierung. Integration in Sport, Kultur, Freizeit und Gesellschaft werden bei geschicktem Einsatz des großen zivilgesellschaftlichen Engagements dann schrittweise folgen. Es geht darum, aus dem Krisenmodus in einen geordneten Regelbetrieb zurückzufinden. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene liegt die besondere Herausforderung darin, die moralischen Kräfte der Zivilgesellschaft nachhaltig zu mobilisieren. Im politischen Diskurs wird es entscheidend darauf ankommen, in authentischer Weise sowohl Aufmerksamkeit für die Flüchtlinge zu zeigen als auch für die Anliegen der aufnehmenden Gesellschaft.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Wenn die Forderungen des Deutschen Städtetages auf Bundes- und Landesebene weitestgehend erfüllt sind, bin ich zuversichtlich, dass wir in den Kommunen unsere Aufgaben bewältigen können. Insgesamt wird es darauf ankommen, dass auf allen Ebenen – zwischen den Staaten innerhalb der EU, unter den Bundesländern, im regionalen und im interkommunalen Verhältnis – gegenseitige Solidarität nicht nur beschworen, sondern auch praktisch gelebt wird.

Antworten der Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Stadt Reutlingen

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Stadt Reutlingen hat in diesem Jahr bisher 163 Flüchtlinge im Rahmen der Anschlussunterbringung aufgenommen. Hinzu kommen die durch das Landratsamt Reutlingen auf der Gemarkung Reutlingen untergebrachten 864 Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung. Somit leben in der Stadt Reutlingen derzeit 1027 Flüchtlinge (vorläufige Unterbringung in Zuständigkeit des Landratsamtes Reutlingen + Anschlussunterbringung in Zuständigkeit der Stadt Reutlingen).

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Die Stadt Reutlingen betreibt bisher keine Notunterkünfte und verfügt derzeit über 42 Wohnungen und eine Gemeinschaftsunterkunft mit 65 Plätzen zur Unterbringung von Flüchtlingen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die Stadt Reutlingen wird gegebenenfalls Flüchtlinge in Turnhallen unterbringen. Eine entsprechende Notfallplanung wurde bereits ausgearbeitet.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Rund 500 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Asylcafés und anderen Ehrenamtsgruppen für Flüchtlinge. Auch die Spendenbereitschaft in Form von Sachspenden ist groß. Im Umfeld von geplanten Unterkünften für Flüchtlinge äußern Bürger vermehrt Bedenken bezüglich der Sicherheit und der vor Ort vorhandenen Integrationsressourcen.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Die Stadt Reutlingen erwartet nach derzeitigem Stand im Jahr 2016 mindestens 800 Personen, die von der Stadt unterzubringen sind. Ab Mitte 2016 wäre aufgrund der aktuellen Planungen für Unterkünfte aus heutiger Sicht die Versorgung in diesem Umfang gesichert. Die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen durch das Bundesamt für Migration sowie der Familiennachzug können jedoch zu einem Anstieg der Zugangszahlen für die Stadt Reutlingen führen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Die Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Reutlingen unterstützt die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger beim Aufbau und bei der Koordination von Ehrenamtsgruppen, informiert über die Möglichkeiten der Mitarbeit und organisiert nach Bedarf auch

interkulturelle Kompetenztrainings. Die Stadt Reutlingen hat in Kooperation mit der VHS Reutlingen damit begonnen, bei den Flüchtlingen Einstufungstests zur Feststellung der vorhandenen Deutschkenntnisse durchzuführen. Seit Mitte Dezember bietet die VHS Reutlingen zwei Sprachkurse an, einen Alphabetisierungskurs sowie einen Kurs mit dem Niveau A1.1, der voraussichtlich im Februar 2016 in einen Integrationskurs umgewandelt wird. Personen mit Anspruch auf einen Integrationskurs werden an die Integrationskursträger weitervermittelt. Zudem organisiert das Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen Schulungen für Flüchtlinge zu den Themen „Gesundheit im Flucht/-Migrationsbereich“, „soziales Kompetenztraining“ und „Islam in Deutschland“.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Bei prognostizierten 800 Personen oder noch weiter steigenden Zugangszahlen erfordert das vor allem einen Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Kindertagesbetreuung. Die Stadt Reutlingen ist im Rahmen ihrer Wohnbauoffensive gemeinsam mit dem städtischen Wohnungsunternehmen GWG sehr aktiv in der Bereitstellung weiterer Flächen durch Planungsrecht. Wichtig ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus für alle Bedarfsgruppen, darunter auch die Flüchtlinge. Im Dezember 2015 verabschiedete der Gemeinderat die 3. Tranche von Standorten für weitere zehn Gemeinschaftsunterkünfte. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass an Standorten für dauerhaftes Wohnen Unterkünfte erstellt werden, die nach der vorübergehenden Belegung mit Flüchtlingen in regulären Wohnraum umgewandelt werden können. Außerdem hat die Stadt in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft Reutlingen und einem Reutlinger Architekturbüro ein zweigeschossiges Holzbaumodul entwickelt, welches eine Alternative zur Unterbringung von Flüchtlingen in Containern darstellt. Die Module bieten Raum für bis zu 48 Personen und sollen von lokalen Holzbaubetrieben gefertigt werden. Dabei ermöglicht die additive Anordnung der einzelnen Module eine nahezu beliebige Verwendbarkeit und Kapazität.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die Stadt Reutlingen konnte die Flüchtlinge in der Vergangenheit weitestgehend dezentral in Wohnungen unterbringen. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen werden die Flüchtlinge jetzt mehrheitlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dieser in der Regel neu und vor allem schnell zu schaffende Wohnraum (Container, Modulelemente) verursacht sehr hohe Kosten. Hinzu kommen Ausgaben für Sozialbetreuung, Wohnbegleitung durch Hausmeister und Verwaltungskräfte sowie externe Sicherheitsdienste. Diese Kosten der städtischen Unterbringung sind im Rahmen der üblichen Mietobergrenze nicht zu decken und werden den Städten derzeit nicht erstattet. Der Aufwand, der für die gelingende Integration in den nächsten Jahren zu leisten sein wird, hat in den politischen Diskussionen noch nicht angemessene Beachtung gefunden, geschweige denn, dass eine angemessene Kostenerstattung in Aussicht steht. Die bisherigen Erstattungen durch das Land Baden-Württemberg betreffen ausschließlich die vorläufige Unterbringung durch Stadt- und Landkreise, die jedoch durch die Änderungen im Asylrecht und die zentralen Drehscheiben in Baden-Württemberg (zum Beispiel Heidelberg) massiv zurück gehen wird.

Antworten der Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Stadt Saarbrücken

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat im Jahr 2015 rund 800 Flüchtlinge in der Erstunterbringung aufgenommen. Zurzeit leben in unseren Erstunterkünften etwa 730 Flüchtlinge. Hierzu kommen noch einmal etwa 1 400 Flüchtlinge, die aus anderen Gemeinden zugezogen sind. Das sind insgesamt 2 130 Personen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Im Jahr 2015 konnte die Landeshauptstadt Saarbrücken es umgehen, Flüchtlinge in Zelten und Turnhallen unterzubringen. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen war in diesem Jahr in größerem Umfang möglich. Erst im dritten Quartal des Jahres 2015 mussten auch in Saarbrücken Gemeinschaftsunterkünfte (leer stehende städtische Gebäude) genutzt werden. Die Belegungszahlen liegen hier zwischen 25 und 80 Personen pro Unterkunft.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Es wurden frühzeitig Initiativen ergriffen, bislang ungenutzten Wohnraum unserer stadteigenen Immobiliengesellschaft zur Belegung mit Flüchtlingen zu ertüchtigen. Zudem wurde mit verschiedenen privaten Anbietern versucht, auch größere leer stehende Gebäude wie zum Beispiel Bürogebäude zur Nutzung umzugestalten und es wurde ein Wohnungspool zur Anmietung von privatem Wohnraum erstellt.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Saarbrücken ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Schon längere Zeit leben sehr viele Nationen hier. Wir waren von Anfang an bemüht, unsere Bürgerinnen und Bürger sehr früh und intensiv über unsere Flüchtlingssituation und die Wohnraumverteilung zu informieren. Zudem haben wir in Saarbrücken die komfortable Situation mit unserem Zuwanderungs- und Integrationsbüro schon länger über eine Institution zu verfügen, die sich aktiv für die Integration von zuwandernden Menschen einsetzt. Wir finden außerdem große Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern in unserem Netzwerk „Ankommen“, so dass wir den Eindruck gewinnen, dass die Einstellung unserer Bevölkerung gegenüber unseren Flüchtlingen bereits jetzt sehr positiv ist.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Auch die Landeshauptstadt Saarbrücken sieht sich zunehmend größeren Herausforderungen ausgesetzt. Genügend Wohnraum zu eruieren wird zunehmend schwieriger und die Belastung der Mitarbeiter und ehrenamtlichen Helfer wächst stetig, was die Aufnahme von noch mehr Menschen zunehmend erschwert. Zurzeit sind wir jedoch noch zuversichtlich, dass wir mit entsprechender finanzieller Ausstattung dennoch weitere Menschen aufnehmen können.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Die meisten unserer Flüchtlinge haben eine gute Bleibeperspektive. Wir haben bereits Beschäftigungsmaßnahmen für unsere Flüchtlinge begonnen und einen runden Tisch gegründet, der sich mit den neuen Anforderungen, die durch diese Perspektiven entstehen können, beschäftigt (Kindergärten, Schulen, Berufsfindung etc.)

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Die Herausforderung besteht im Jahr 2016 eindeutig in der Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge. Wir erwarten nach den neuesten Prognosen noch einmal eine Verdopplung der Zuweisungsquote.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die Forderungen des Deutschen Städtetages werden von uns unterstützt. In der Diskussion wurden auch viele wichtige Aspekte bereits genannt. Die finanzielle Belastbarkeit der Kommunen muss aber noch bessere Beachtung finden und es ist auch dringend erforderlich Möglichkeiten zu schaffen personelle Verstärkung zu bekommen. Die Belastung der vorhandenen Mitarbeiter ist bislang noch nicht thematisiert worden. Zudem ist die personelle Ausstattung nicht mehr ausreichend um die regelmäßigen Aufgaben zu erledigen. Dies kann zwangsläufig zu weiteren Problemen führen, für die bei den Städten und Gemeinden dann keine weiteren Kapazitäten mehr vorhanden sind.

Antworten des Oberbürgermeisters Burkhard Jung, Stadt Leipzig

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Mit Stand 9. Dezember hat die Stadt Leipzig in diesem Jahr 3 374 Asylsuchende aufgenommen. Hinzu kommen rund 3 000 Flüchtlinge, die bereits vor 2015 in der Stadt gelebt haben sowie rund 4 500 Flüchtlinge, die in Erstaufnahmeunterkünften des Landes versorgt werden.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Schulsporthallen werden zurzeit in Leipzig noch nicht zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzt. Die Stadt ist bestrebt, dies auch so lange wie möglich zu verhindern. Auf Zeltunterkünfte greift die Stadt Leipzig jetzt im Dezember erstmalig zurück. Für die kommenden Monate sind weitere winterfeste Zeltunterkünfte für dann insgesamt rund 2 000 Menschen geplant. Wir halten nach wie vor daran fest, so viele Menschen wie möglich nach einer Eingewöhnungsphase in eigenen Wohnungen unterzubringen. Momentan leben rund 1 500 Asylsuchende in Leipzig in eigenen Wohnungen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Auch die Stadt Leipzig wird in den nächsten Wochen und Monaten auf Zeltunterkünfte zurückgreifen müssen. Auch Hotels und Pensionen sind natürlich Optionen, um Menschen im Winter unterbringen zu können. Familien mit Kindern werden aber auf jeden Fall in festen Häusern untergebracht.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Es gibt in Leipzig sehr viel mehr ehrenamtliche Helfer als Flüchtlinge – die Hilfsbereitschaft großer Teile der Bevölkerung hält seit dem Sommer an. Zahlreiche Initiativen kümmern sich um die Versorgung, bieten Freizeitangebote oder Deutschkurse an. Auch um die minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Eltern zu uns gekommen sind, kümmern sich zahlreiche Freiwillige, darunter auch 60 Verwaltungsmitarbeiter, die dafür freigestellt werden. Auf der anderen Seite sehen auch wir, dass es eine große Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung gibt. Wo dieser nicht mit Transparenz und Offenheit begegnet wird, kann sie sich auch in Gewalt entladen. Grob geschätzt würde ich sagen: Ein Viertel empfängt Flüchtlinge mit offenen Armen, ein Viertel ist latent bis offen fremdenfeindlich und rund die Hälfte ist verunsichert und auch von Ängsten getrieben. Hier sind vor allem der Bund und die Länder gefordert, verlässliche Strukturen zu schaffen. Es darf nicht passieren, dass sich unter den Menschen das Gefühl breitmacht, ihnen werde wegen der Flüchtlinge etwas weggenommen, und diese sich dann radikalieren.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Eine Atempause täte wohl allen Städten gut. Es ist nicht so sehr das Problem der großen Zahl an Menschen, die kommen. Es ist die Geschwindigkeit, mit der sie kommen. Wir brauchen längere Vorlaufzeiten, um die Unterbringung menschlich und auch im Einklang mit den Nachbarn und der Stadtgesellschaft organisieren zu können. Wir sind nach wie vor bestrebt, so viele Flüchtlinge wie möglich nach einer Eingewöhnungsphase in Wohnungen unterzubringen – aber unter den gegebenen Umständen wird das immer seltener möglich sein. Vor einem halben Jahr hätte ich es mir nicht vorstellen können, aber an den Anblick von Zelt-Dörfern werden wir uns vorerst gewöhnen müssen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Wirklich viel passiert da noch nicht. Es gibt die ersten Klassen „Deutsch als Zweitsprachen“ (Da), auch ehrenamtlich passiert sehr viel. Das wichtigste aber ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Hier sind Bund und Länder gefordert, sehr schnell einen verbindlichen Rahmen zur Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen vorzugeben, damit die Menschen sich über den Arbeitsmarkt integrieren können. Wir müssen aber auch sehen, dass es eine große Zahl von Menschen gibt, die wir mit Fort- und Weiterbildung an die Erfordernisse unseres Arbeitsmarktes werden heranführen müssen.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Unterkunft und Verpflegung lassen sich – ein Mindestmaß eines verbindlichen Verwaltungsrahmens vorausgesetzt – schaffen. Die eigentliche Aufgabe ist die Integration, das wird die große Herausforderung im nächsten Jahr. Und hier müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen: Das wird viel Arbeit, es wird lange dauern – und viel Geld kosten. Aber wenn wir das schaffen, profitieren Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland mittelfristig gleichermaßen.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Ich wünsche mir, dass wir mehr die Chancen als die Risiken sehen. Wir sind eine alternde Gesellschaft, die Basis unserer Sozialsysteme wackelt. Wir haben jetzt die einmalige Chance, eine ganze Generation motivierter, junger Menschen einzugliedern, ihr Engagement zu nutzen, und aus ihren Ideen auch Geld zu machen.

Antworten des Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl, Stadt Augsburg

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Am Jahresanfang gab es in Augsburg 1000 Asylbewerber, 935 in Gemeinschaftsunterkünften und rund 60 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Heute leben rund 3350 Asylbewerber in Augsburg – eine Steigerung von 250 Prozent. 1100 von ihnen sind dezentral übers ganze Stadtgebiet verteilt untergebracht. Knapp 1000 leben in Gemeinschaftsunterkünften. Hinzu kommen 500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und rund 750 Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen. Zum Jahresbeginn wird die Zahl der Erstaufnahmeplätze noch einmal deutlich zunehmen und die Marke von 4000 erreichen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Im Bereich der Erstaufnahme errichtet die Regierung von Schwaben derzeit eine Tragluft-halle. Sie ersetzt ein Zelt, das seit Sommer genutzt wird. Weil im „Notfallplan des Freistaats“ ein Engpass herrschte, mussten wir im Sommer dreimal eine Turnhalle als Notunterkunft belegen. Um dies künftig vermeiden zu können, steht für Erstaufnahmen jetzt ein leerstehendes Uni-Gebäude zur Verfügung. Eine Unterbringung in Wohnungen ist in Augsburg die Ausnahme. Wir haben rund 40 Unterkünfte im ganzen Stadtgebiet, in denen jeweils 10 bis 85 Personen untergebracht sind.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die der Stadt zugewiesenen Asylbewerber konnten bislang in dezentralen Gebäuden untergebracht werden, dafür waren weder Turnhallen noch Zelte nötig. Das wird voraussichtlich auch den Winter über so bleiben.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Durch die dezentrale Unterbringung machen ganze Stadtteile erstmals Erfahrung mit Flüchtlingen. Damit gibt es mehr Meinungsäußerungen, mehr Kritiker und mehr Helfer. Wichtig dabei ist, dass die Balance des sozialen Friedens in der Stadt gewahrt bleibt. Deshalb sind Ängste und Sorgen in der Bevölkerung sehr ernst zu nehmen.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Zuwächse wie in 2015 sind auf Dauer nicht zu verkraften. Wir sind gerüstet, was auch ein großer Verdienst meiner hoch motivierten Verwaltung ist, die die zusätzliche Arbeit hervorragend meistert und sich intensiv in die völlig neue Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern eingearbeitet hat. Auch ganz viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer haben dazu beigetragen, dass diese erste Phase der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern funktioniert hat. Doch auf Dauer ist das nicht tragfähig.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Erste Schritte zur Integration wurden gemacht, seit im Jahresverlauf klar wurde, dass die Asylbewerber längere Zeit in Deutschland leben werden. Dazu gehört als Erstes, dass wir akzeptable Unterkünfte zur Verfügung stellen, die einen längeren Aufenthalt für die Dauer des Asylverfahrens menschenwürdig machen und eine Integration in die Nachbarschaft ermöglichen. Wichtig ist die Koordination der Freiwilligenarbeit, die den Ausbau von Helferkreisen ermöglicht und fachlichen Input gibt. Die Arbeit der Ehrenamtlichen mit der Arbeit von fachlichen Institutionen im Bereich der Betreuung zu vernetzen gehen wir ebenfalls an. Und es gibt „Kümmerer“ die Asylbewerber buchstäblich an die Hand nehmen und ihnen helfen, sich im Wohnumfeld zurecht zu finden. Das schließt auch die Vermittlung von Kita- und Übergangsschulklassen und Sprachkursen und Angebote der Asylsozialberatung ein.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Um die Aufgaben der Verwaltung bei Asyl stemmen zu können, ist mehr Personal unerlässlich. Es muss auch gelingen, Menschen mit Bleiberecht über Sprachförderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren und den sozialen Frieden in der Stadtgesellschaft zu erhalten. So bleibt auch die Akzeptanz erhalten.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die Positionen des Deutschen Städtetages teilen wir und fühlen uns gut vertreten. Was auf allen Ebenen fehlt ist eine Vorstellung davon, wie unter den geänderten Bedingungen Asyl künftig in Deutschland organisiert ist und welche Rolle die Kommunen dabei spielen. Wenn ihre Rolle bei der Integrationsarbeit zunehmend wichtiger wird, müssen die Kommunen aber auch finanziell und personell dazu in der Lage sein und entsprechend ausgestattet werden.

Antworten des Oberbürgermeisters Dr. Dieter Salomon, Stadt Freiburg im Breisgau

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Zum Stichtag 30.11.2015 lebten in Freiburg 2 647 Menschen in städtischen Unterkünften. Davon 2 000 Personen in Wohnheimen und 647 Personen in Wohnungen. Zudem sind derzeit rund 900 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes untergebracht. Zudem leben in Freiburg ca. 500 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Freiburg verfügt aktuell über fünf Notunterkünfte, davon eine Turnhalle, die jedoch nicht für den Schulsport genutzt wird, und ein Zeltstandort mit winterfesten beheizten Zelten. Ziel der Stadtpolitik war die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen an kleinen und mittleren Standorten, damit die Integration in die Stadtgesellschaft zügig gelingen kann. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation müssen jedoch vor allem zentrale Standorte zur Unterbringung der Schutzsuchenden eingerichtet werden, in einer Größe von bis zu 300 bis 400 Personen. 647 Personen leben derzeit in Wohnungen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Alle jetzt in Betrieb befindlichen und weiter vorgesehenen Standorte sind winterfest errichtet bzw. eingerichtet. Insbesondere im Hinblick auf den kommenden Winter wurde die zuletzt übergangsweise als Universitätsbibliothek genutzte frühere Stadthalle aufwendig in eine Notunterkunft umgebaut. Zudem konnten einige Gewerbeimmobilien befristet angemietet und als Notunterkünfte umgebaut bzw. hergerichtet werden.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Einstellung der Bevölkerung ist überwiegend positiv. Zahlreiche ehrenamtliche Helferkreise haben sich gebildet. Eine kürzlich veröffentlichte Übersicht der „Badischen Zeitung“ hat mehr als 30 Vereine, Initiativen, Bürgervereine usw. aufgelistet, die sich ehrenamtlich in der Betreuung von Flüchtlingen engagieren. Die Nachfrage nach Aufgaben in der Flüchtlingshilfe ist unverändert hoch. Zugleich gibt es Sorgen in der Bevölkerung, die wir ernst nehmen und denen wir mit einem breit angelegten Kommunikations- und Beteiligungskonzept begegnen. Die Stadt informiert kontinuierlich über die Flüchtlingssituation und über geplante Unterkünfte. Die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher gehören Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen, Austausch mit Bürgervereinen, Teilnahme an Runden Tischen und weitere Aktivitäten zum Kommunikations- und Beteiligungskonzept der Stadt.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Auf Basis der aktuellen Zuweisungszahlen wird die Unterbringung der Flüchtlinge auch in den nächsten Monaten gelingen, allerdings werden zu Jahresbeginn 2016 voraussichtlich rund 1 000 Menschen in Notfallunterkünften untergebracht sein. Die Errichtung dauerhafter Unterkünfte in Standards für eine längere Wohnnutzung sowie die Akquise von Wohnraum gestalten sich aufgrund der Wohnraum- und Flächenknappheit in Freiburg sehr schwierig. In der Stadtverwaltung ist eine dezernatsübergreifende Projektgruppe eingerichtet worden, die das vorrangige Ziel hat, Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu realisieren. Dazu gehört der Bau von Unterkünften ebenso wie die Anmietung von privaten Liegenschaften, die der Stadt angeboten werden.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Die Integration von Flüchtlingen ist seit vielen Jahren ein wichtiges stadtpolitisches Ziel. 2005 wurde das Büro für Migration und Integration als Stabstelle gebildet, die dem Sozialbürgermeister zugeordnet ist. Das Büro koordiniert unter anderem Beratungs- und Hilfsangebote (zum Beispiel in den Bereichen Sprache, Bildung und Arbeit) für Flüchtlinge und Migranten, die seit vielen Jahren in Freiburg leben. Um den Herausforderungen durch die anhaltend hohe Zahl von Flüchtlingen zu begegnen soll ab 1. April 2016 ein eigenständiges Amt für Migration und Integration die bisher unterschiedlich verorteten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bündeln. In diesem Zusammenhang wird auch das Büro für Migration und Integration die Angebote für Flüchtlinge ausweiten und unter anderem auch das Bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge begleiten.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Nicht nur die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen stellen große Herausforderungen für die Verwaltung und die ganze Bürgerschaft dar. Die größere Aufgabe liegt darin, die Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren, das heißt, in Wohnungen, in Beschäftigung, Schulen und in unser Rechts- und Wertesystem. Dies betrachtet die Stadt als eine dauernde Schwerpunktaufgabe der Stadtpolitik und der ganzen Stadtgesellschaft über 2016 hinaus.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Es bedarf einer stetigen und nachhaltigen Finanzausstattung mit vollständigem Ersatz der bei den Kommunen entstehenden zusätzlichen Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Baden-Württemberg praktiziert im Vergleich zu anderen Bundesländern hier eine vorbildliche Unterstützung der Kommunen.

Des Weiteren sind notwendig:

- Nachhaltige Unterstützung für preisgünstigen Wohnungsbau über die heutigen Förderprogramme hinaus; Integration von Flüchtlingen beginnt stets mit der Integration in den Wohnungsmarkt; dazu bedarf es preisgünstiger Wohnungen,
- Flexibilisierung von landes- und bundesgesetzlichen Vorschriften mit dem Ziel, Wohnungsbau schneller realisieren zu können,
- ausreichende Grund- und Aufbausprachkurse für Flüchtlinge, insbesondere müssen die Integrations Sprachkurse des BAMF grundlegend ausgebaut werden.

Antworten des Oberbürgermeisters Pit Clausen, Stadt Bielefeld

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

In diesem Jahr wurden der Stadt Bielefeld mit Stand vom 6. Dezember 2015 insgesamt 2 785 Personen zugewiesen. Die Stadt Bielefeld ist auch zuständig für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Aktuell handelt es sich hierbei um 554 Kinder und Jugendliche.

Zum Stichtag 1. Dezember 2015 lebten insgesamt 5 909 Personen in Bielefeld, die sich als Asylbewerber (2 594), als Folgeantragsteller (98), als Geduldete (594) oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (2 623) hier aufgehalten haben.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Bielefeld hat die geflüchteten Menschen bislang vor allem in Übergangwohnheimen (in wohnungsähnlicher Qualität) und in Wohnungen untergebracht. Erst in den vergangenen Wochen mussten wir Notunterkünfte schaffen.

Im Detail:

Die zugewiesenen Menschen werden zum einen in verschiedenen Übergangwohnheimen im Stadtgebiet untergebracht. Aufgrund der erhöhten Zuweisungszahlen mussten die Kapazitäten im größeren Umfang erhöht werden. Dies ist zum Beispiel durch den Umbau städtischer Immobilien wie ehemaliger Schulen und Kindertagesstätten erfolgt. Mittlerweile stehen insgesamt rund 620 Plätze zur Verfügung, die allesamt belegt sind.

Im Rahmen eines dezentralen Konzeptes werden zum anderen Personen in privatem (als Dependancen zu den Übergangseinrichtungen geführtem) Wohnraum untergebracht. Hierzu sind wir auf Wohnungsangebote der Eigentümer angewiesen. Die formelle Unterbringung erfolgt mit Einwilligung der Eigentümer als sogenannte Beschlagnahmung nach dem Ordnungsbehördengesetz oder in normalen Anmietungen. Der Eigentümer erhält bei Beschlagnahmungen eine Nutzungsentschädigung in Miethöhe. Diese Form der Inanspruchnahme kommt den Wohnungseigentümern entgegen, da sie von Haftungsrisiken freigestellt werden.

Eine Beschlagnahme ohne Einwilligung des Eigentümers wird nicht vorgenommen.

Aktuell sind über 300 Dependancen vorhanden und mit über 1 700 Menschen belegt. Die größte Dependance ist eine seit November angemietete Wohnanlage mit 110 Wohnungen, die aktuell als Sammelunterkunft mit 550 Personen belegt ist. Daneben sind auch rund 300 Personen in verschiedenen Hotels untergebracht.

Zuletzt wurden Büroimmobilien, Gewerbehallen und ein leerstehendes Schulgebäude zu Notunterkünften mit insgesamt rund 400 Plätzen hergerichtet. Als absehbar war, dass auch diese Kapazitäten erschöpft waren und anstehende weitere Umbauten zu Notunterkünften absehbar noch nicht fertig gestellt werden können, wurde der Krisenstab einberufen. Der Krisenstab hat mittlerweile zwei Sporthallen für die Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge

bestimmt, die aktuell für jeweils rund 150 Menschen hergerichtet werden. Den Prognosen zufolge wird Anfang Januar eine weitere Sporthalle zur Unterbringung zur Verfügung stehen müssen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

siehe Antwort zu 2.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Willkommenskultur ist stark entwickelt und die Bereitschaft der Bielefelder Stadtgesellschaft, sich für geflüchtete Menschen einzusetzen, sehr groß. Im Umfeld der Übergangseinrichtungen sind im Regelfall „runde Tische“ der im Quartier handelnden Akteure gebildet worden. Auch über die Sozialen Netzwerke haben sich Initiativen der Flüchtlingshilfe gegründet.

Trotz anhaltender Unterstützung ehrenamtlich Tätiger werden kritische Stimmen und die kritischen Kommentare in Sozialen Netzwerken oder Onlinemedien lauter – insbesondere seit der Sporthallennutzung in Schulen. Dies liegt an der direkten Betroffenheit des Sports, der Schulleitungen und vor allem der Elternschaft.

Zudem ist eine gewisse „Ermüdung“ bzw. „Überforderung“ spürbar – auch bei eher wohlgesonnenen Menschen – im Sinne eines „Wo soll das hinführen?“ oder „Kümmert ihr euch in der Politik auch noch um uns?“

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Eine Projektgruppe unter Federführung der Bauverwaltung hat städtische Grundstücke untersucht, die für den temporären Systembau (Container) in Frage kommen.

Zur langfristigen Unterbringung ist zudem die Schaffung von neuem bezahlbaren öffentlich geförderten Wohnraum erforderlich, um auch Nachhaltigkeit zu bewirken.

Ziel ist es, den Menschen mittelfristig die Möglichkeit zu eröffnen, eigenen Wohnraum anzumieten. Damit können Unterbringungsplätze in den Übergangwohnheimen für Menschen aus Notunterkünften frei gemacht werden.

Würden weiterhin 200 Menschen in der Woche zugewiesen werden, müsste die Stadt mehr oder minder flächendeckend Sporthallen umnutzen. Da die für den Betrieb dieser Sporthallen notwendigen Hilfsorganisationen – auch weil sie in Bielefeld noch mehrere Landeseinrichtungen betreiben – mittlerweile organisatorisch und personell an ihre Grenzen stoßen, erscheint eine umfangreiche Sporthallennutzung (nicht zuletzt auch wegen der finanziellen Auswirkungen für die Stadt) aber nicht umsetzbar. Dies gilt auch für die von der Stadt geplanten Nutzung weiterer Gewerbeimmobilien.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

In Bielefeld arbeiten wir aktuell zur Steuerung des Umgangs mit der Flüchtlingszuwanderung in einem gemeinsamen Arbeitsprozess („Bielefeld integriert“) mit allen wesentlichen Akteuren der Stadtgesellschaft zusammen. Die Arbeit erfolgt in vier Fachgruppen zu den Themen Unterbringung und Versorgung, Gesellschaftliche Teilhabe, Ausbildung und Arbeit sowie Bürgerschaftliches Engagement. Die gemeinsame Bewältigung vor Ort bedarf einer engen Verzahnung dieser Fachthemen und einer offensiven und transparenten Informationspolitik zur Schaffung von Akzeptanz und Willkommenskultur in der Stadtgesellschaft.

Ein Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld beschreibt die gesamtstädtischen Planungen und Überlegungen für die identifizierten Handlungsfelder. Den politischen Gremien wurden erste Umsetzungsschritte und die dafür notwendigen Ressourcen benannt.

So sind im Bereich der Kitas geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer auf die tatsächlichen Bedarfe ausgerichteten Sprachförderung zu ergreifen und künftig prognostizierte Bedarfe zunächst durch zusätzliche Gruppenplätze, perspektivisch durch neue Kita-Plätze zu decken. Daneben sind entsprechende „Brückenprojekte“, zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder aus Flüchtlingsfamilien außerhalb der regulären Kita-Versorgung, sicherzustellen.

In Stadtteilen mit Übergangsheimen bzw. mit einer hohen Anzahl von Flüchtlingen sollen durch zusätzliche Mittel die Regelangebote verstärkt werden (insbesondere die Offene Kinder- und Jugendarbeit), um die Integration der Flüchtlinge fördern und die Unterstützung der bürgerschaftlich Engagierten leisten zu können. Für die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen sowie zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Nachbarschaften in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur und non-formale Bildungsprojekte sollen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Personen mit Fluchterfahrung werden durch eine städtische Tochtergesellschaft der kommunalen Arbeitsmarktförderung als Integrationslotsen beschäftigt. Zudem wird diese Gesellschaft ihre Beratungsangebote im Übergang Schule/Beruf für die besondere Zielgruppe der Flüchtlinge zentral zusammenführen und die jungen Erwachsenen darauf vorbereiten, Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen zu können. Dies auch als Unterstützung des „Integration Point“ der Arbeitsagentur, der eine ganzheitliche Beratung von Flüchtlingen in der Arbeitsaufnahme bezweckt. Hieran wird sich auch das Jobcenter beteiligen, das sich zudem der Betreuung und der Integrationsplanung zum Arbeitsmarkt für die Gruppe von Neuzuwanderern in einem eigens für diese Zielgruppe zu gründenden Projektteam widmen wird.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 10. Dezember Mittel für die beschriebenen Aufgaben bewilligt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Im Mittelpunkt wird weiter die Unterbringungsfrage stehen. In engem Zusammenhang steht die Frage, wie die bislang hohe Akzeptanz aufrechterhalten werden kann. Dies wird nur gelingen, wenn die Stadt die Integrationsaktivitäten fortführt und dabei von Bund und Land

konzeptionell und finanziell unterstützt wird. Im wahrsten Sinne des Wortes fatal für die Akzeptanz der Bevölkerung wäre, wenn die Stadt gezwungen würde, den steigenden flüchtlingsbedingten Kosten bei anderen Angeboten für die Bürger hinterherzusparen.

Außerdem wird auch die Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der betroffenen Nachbarschaften von großer Bedeutung sein.

Zu einer Herausforderung kann es auch noch werden, Akzeptanz in den Flüchtlingshilfegruppen zu erreichen, falls es zu größeren Abschiebe-/Rückführungsaktionen kommen sollte.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Aktuell wird berichtet, dass das Land seine Plätze in kleineren Ersteinrichtungen nicht besetzt und teilweise abbaut. Diese Plätze könnten jedoch dazu genutzt werden, Personen ohne Bleibeperspektive für einen längeren Zeitraum dort unterzubringen und nicht auf die Kommunen zu verteilen – wie im Übrigen mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auch vorgesehen. Diese Absichten sind bisher auf kommunaler Ebene noch nicht zu spüren.

Am wenigsten scheint bislang die Frage bearbeitet zu sein, wie die Flüchtlinge „fit für den Arbeitsmarkt“ gemacht werden können. Der Bund unterschätzt unserer Auffassung nach diese Herkulesaufgabe und stellt zu geringe Finanzmittel dafür zur Verfügung.

Antworten der Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, Stadt Schwerin

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Schwerin wurden mit Stand 14. Dezember 2015 429 Flüchtlinge zugewiesen. Hinzu kommen noch 72 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, die in 2015 nach ihrer Anerkennung in Schwerin aufgenommen wurden. In den dezentralen Übergangswohnungen, die für die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge bereitgestellt werden, leben derzeit 497 (Stand: 14. Dezember 2015) Personen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

In Schwerin gibt es keine Notunterkünfte in Zelten und Turnhallen. Sämtliche zugewiesenen Flüchtlinge werden in Übergangswohnungen untergebracht, das heißt es wird für diesen Zweck angemieteter Wohnraum aus dem Bestand der städtischen Wohnungsgesellschaft und mit Mobiliar ausgestatteter Wohnraum zur Verfügung gestellt.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

s. Antwort zu Frage 2. Unterbringung in Wohnungen

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Waren es bis vor einiger Zeit vorwiegend Kontingentflüchtlinge (jüdische Migranten) und Spätaussiedler überwiegend aus den GUS-Staaten, die seit den 1990er Jahren nach Schwerin kamen, hat sich die Situation seit ca. zwei Jahren grundsätzlich verändert. Auch Schwerin nimmt Flüchtlinge und Asylbewerber nach dem Königsteiner Verteilerschlüssel auf. Er beträgt derzeit 2,62 Prozent aller Flüchtlinge, die auf das Bundesland M/V zugewiesen werden. Mit den ersten Flüchtlingen, die nach Schwerin kamen, spürten wir eine sehr große Hilfsbereitschaft der Einheimischen. Sie meldeten sich und boten ehrenamtliche Unterstützung an, als Lehrerinnen und Lehrer, als Familienpaten, für den Bereich des Sportes und vieles andere mehr. Mittlerweile hat in Schwerin die ehrenamtliche Initiative Flüchtlingshilfe ihre Tätigkeit begonnen, in der über 300 Ehrenamtliche mitmachen.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Für 2016 kann die Versorgung aufzunehmender Flüchtlinge mit bereitgestellten Übergangswohnungen sichergestellt werden.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibperspektive beginnen können?

Seit dem 1. Juni haben in der Stadtverwaltung zwei Integrationslotsen mit interkulturellem Hintergrund ihre Tätigkeit aufgenommen mit der Aufgabe, den Flüchtlingen bei den ersten

Schritten des Ankommens zur Seite zu stehen, unter anderem bei Behördengängen. Gegenwärtig wird noch eine weitere Stelle eingerichtet mit dem Schwerpunkt Bildung, Kindergarten und Schule. Gleichzeitig hat sich das Netz der ehrenamtlichen Hilfe außerhalb der Verwaltung selbstständig organisiert und vernetzt. Um Flüchtlinge und Hilfwillige zusammenzubringen, wurden mit Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe als Begegnungsmöglichkeiten Welcome-Cafés etabliert. Inzwischen bestehen insgesamt sechs Welcome-Cafés, die in unterschiedlichen Stadtteilen jeweils an einem bestimmten Wochentag geöffnet haben. Anfang November begannen Bildungsträger mit Sprachkursen, gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit. Durch die Kurse sollen die Flüchtlinge die Sprache intensiv erlernen, ohne Zeit zu verlieren. Es ist festzustellen, dass diese Kurse gut angenommen werden. Auch Sport- und Kulturvereine der Landeshauptstadt Schwerin werben bei Flüchtlingen für die Teilnahme an ihren Vereinsangeboten. Die Landeshauptstadt hat außerdem bereits seit mehreren Jahren ein Integrationskonzept, das auch in Verantwortung des Integrationsbeauftragten umgesetzt wird.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Die Herausforderung besteht vor allem in der Unterbringung von Kindern in Kitas und Schulen. Ein weiterer Aspekt betrifft die minderjährigen unbegleiteten Ausländerinnen und Ausländer, für die fachlich ausgebildetes Betreuungspersonal nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Ein besser strukturiertes Verfahren mit zeitnahen Informationstransfers zwischen Bund, Ländern und den Kommunen würde den gesamten Prozess wesentlich optimieren. Für die Bewältigung von Aufgaben vor Ort im Zusammenhang mit den Flüchtlingen wird eine enorme administrative Ressource gebunden. Besonders bei dem steigenden Personalbedarf werden die Kosten nicht im vollen Umfang erstattet. Wir erwarten aber eine Vollkostenerstattung.

Antworten des Oberbürgermeisters Bertram Hilgen, Stadt Kassel

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Stadt Kassel hat im Jahr 2015 bislang 1 415 Flüchtlinge zugewiesen bekommen. Insgesamt leben damit ca. 1 800 Asylbewerber und Flüchtlinge (exkl. ca. 200 SGB II-Empfänger) in Kassel. Hinzu kommen rund 1 600 Flüchtlinge in der Erstaufnahme des Landes Hessen.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Notunterkünfte wurden bislang im Rahmen der kommunalen Zweitaufnahme noch nicht benötigt. Zur Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber verfügt die Stadt Kassel derzeit über fünf große Gemeinschaftsunterkünfte mit jeweils mehr als 135 Plätzen und etwa 30 kleinere Gemeinschaftsunterkünfte mit maximal 30 Plätzen, die im gesamten Stadtgebiet verteilt sind. Daneben gibt es zahlreiche Wohnungen, in denen die Stadt Asylbewerber unterbringt und betreut. Hierbei handelt es sich derzeit um rund 440 Menschen.

Aufgrund der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen kann jedoch kurzfristig der Fall eintreten, dass vorübergehend nicht ausreichend Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen zur Verfügung stehen. Hierfür hat die Stadt Mitte Dezember in einem früheren Schuhmarkt vorsorglich eine kommunale Notunterkunft eingerichtet. Die Notunterkunft bietet Platz, um maximal 150 Menschen vorübergehend unterzubringen. Die Unterkunft wird bei Bedarf nach und nach belegt. Sobald Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung stehen, ziehen die Menschen dorthin um.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Genügend winterfeste Unterkünfte können derzeit noch sichergestellt werden, weil in den vergangenen Monaten vorausschauend geplant und der Bezug neuer Unterkünfte für die kommenden Wochen und Monate sichergestellt wurde.

Die Suche nach weiteren geeigneten Immobilien und Freiflächen beschäftigt die Stadt jedoch fortwährend. Denn auch wenn die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge bislang gut bewältigt werden konnte, sind die Kapazitäten endlich. Je nach Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Jahr 2016 zeichnen sich aktuell noch deutliche Differenzen zwischen der Anzahl aufzunehmender Menschen und unseren Unterbringungsmöglichkeiten ab. Diese Lücken versuchen wir mit hohem Einsatz und Kreativität der beteiligten städtischen Ämter und auch unter Einbezug der Wohnungsbaugesellschaften zu schließen. Freiflächen werden hierbei voraussichtlich eine immer größere Rolle spielen und damit auch Themen wie Modulbauweise. Der Faktor Zeit spielt jedoch eine nicht zu unterschätzende Rolle.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Es gibt innerhalb der Kasseler Bevölkerung eine große Bereitschaft, Asylsuchenden zu helfen und sie zu unterstützen. Die vielen Flüchtlingsinitiativen zeigen großes Engagement und organisieren die unterschiedlichsten Angebote. Aktuell lässt sich – glücklicherweise – kein Einstellungswandel innerhalb der Bevölkerung erkennen, weil mehr Menschen kommen. Natürlich hat man als Stadt die Entwicklung nicht ganz in der Hand – aber man kann und muss versuchen, diese zu beeinflussen. Hierfür sind Integrationsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung.

So ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und stets auf dem Laufenden zu halten bei all den neuen Entwicklungen in ihrer Stadt und in ihrer Nachbarschaft. Damit die gute Stimmung nicht kippt, muss man den Flüchtlingen und Asylbewerbern aber auch Gesetze, Regeln und Werte des Zusammenlebens aufzeigen und erklären. Denn für eine gelingende Integration ist das Verständnis, wie unser Land funktioniert, ganz maßgeblich. Zusätzliche Integrationskurse können hier helfen. Und auch die Flüchtlingsberater der Caritas übernehmen in unseren Gemeinschaftsunterkünften eine entscheidende Aufgabe: Sie helfen den Menschen unermüdlich beim Ankommen in einer neuen Umgebung und Einfinden in einer neuen Kultur. Wichtig ist zudem, eine soziale Schieflage innerhalb der Stadt zu verhindern. Eine Differenzierung von Leistungsempfängern wäre hier nicht zielführend.

Es gilt an den richtigen Stellen zu investieren. Wichtig für die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sind Deutschkenntnisse. So haben wir schon aus eigener Kasse Sprach- und Integrationskurse finanziert, aber zum Beispiel auch über Koordinationsleistungen eine möglichst große Anzahl von Menschen in von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Kurse vermittelt.

Außerdem hat die Stadt eine Koordinierungsstelle für Initiativen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eingerichtet. Die Koordinatorin soll bestehende Strukturen stärken, die Flüchtlingsinitiativen gezielt beraten und bei der Umsetzung von Ideen und Angeboten begleiten. Ebenfalls neu eingerichtet wurde die Clearingstelle „Willkommen in Nordhessen“. Dank städtischer Zuwendung kann das Freiwilligenzentrum Kassel dort gezielt Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren möchten, beraten und in entsprechende Hilfsangebote vermitteln. Nur so können wir das großartige Engagement der Kasseler Bevölkerung in Sachen Flüchtlingshilfe aufgreifen. Ein solches Engagement kann man nicht verordnen, für eine gelungene Integration ist es aber unverzichtbar.

Integration funktioniert nur, wenn Bildung stattfindet. Hierfür ist Deutschunterricht von elementarer Bedeutung, aber dennoch erst der Anfang. So werden uns in den kommenden Monaten auch verstärkt Themen wie Unterstützung bei der Schul- und Berufsausbildung sowie Hilfe beim Zugang zum Arbeitsmarkt beschäftigen. Neben der Unterbringung neu Geflüchteter heißt es, parallel langfristige Strukturen für ein dauerhaft gutes Miteinander und eine wirkliche Integration zu schaffen.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

siehe Antwort zu Frage 3

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

siehe Antwort zu Frage 4

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Wir müssen weiterhin daran arbeiten, ausreichende und angemessene Unterbringungsmöglichkeiten bereitzustellen. Eine weitere Herausforderung gibt es auf dem Wohnungsmarkt, wenn Menschen die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen und eine dauerhafte Unterkunft suchen.

Und drittens stehen die Jobcenter vor der Herausforderung, die Menschen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Das Präsidium und der Hauptausschuss des Städtetages haben in der jüngsten Sitzung in Hamburg alle wesentlichen Aspekte einmütig behandelt. Auf dieser Grundlage kann ich sehr gut arbeiten.

Antworten des Oberbürgermeisters Thomas Hunsteger-Petermann, Stadt Hamm

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

In Hamm leben derzeit 1 418 Asylbewerber (Stand: 7. Dezember 2015). Derzeit werden täglich rund 30 Personen kommunal zugewiesen. Darüber hinaus wird in Hamm eine Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes mit 730 Plätzen betrieben, sowie eine Notunterkunft im Rahmen der Amtshilfe für 550 Flüchtlinge. Kapazitäten, die der Stadt Hamm angerechnet worden sind.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

In Hamm sind weder Turnhallen noch Zelte als Notunterkunft eingerichtet worden. Die oben angeführte Notunterkunft ist eine Kultur- und Veranstaltungshalle und wird das ganze Jahr 2016 weiterhin als Notunterkunft betrieben. Ab März 2016 wird das Land diese Einrichtung übernehmen.

Die Stadt Hamm favorisiert grundsätzlich die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, soweit es der Wohnungsmarkt zulässt. Von den 1 418 Asylsuchenden leben 479 in kommunalen Einrichtungen, 354 in Privatwohnungen und 585 in angemieteten Wohnungen der Stadt.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die Frage stellt sich aufgrund der Situation in Hamm nicht.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Stimmung in der Stadt ist weiterhin gut. Die entspannte Situation im Rahmen der Unterbringung leistet dabei einen wichtigen Beitrag. In Folge dessen ist die Unterstützung durch das Ehrenamt ungebrochen, aber auch dringend notwendig.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Es gibt keinen Anlass, das Gefühl zu haben, dass die Stadt an ihre Grenzen stößt. Verschiedene Verwaltungsbereiche sind personell sicherlich stark in der Flüchtlingsfrage eingebunden und engagiert und arbeiten an entsprechenden Lösungen in der Unterbringungsfrage. Die Stadt Hamm wird auch im nächsten Jahr keine Turnhallen zweckentfremden oder Zelte aufbauen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

siehe Antwort zu Frage 4 und 7

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

2016 wird die Stadt Hamm ein Integrationskonzept vorstellen. Die jetzige Herausforderung der Unterbringung der Asylbewerber ist anstrengend, aber die Frage der gelungenen Integration ist viel wichtiger. Das wird in den nächsten Jahren unser kommunales Handeln steuern, angefangen bei der frühkindlichen Bildung bis zur Integration in Arbeit. Es muss von allen Beteiligten erkannt werden, dass hier nicht nur Probleme auf die Kommunen zukommen, sondern auch Chancen liegen.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Erstens muss der Bund bei anerkannten Asylbewerbern die KdU komplett übernehmen, ansonsten sind die Städte finanziell überfordert. Zweitens ist in diesem Zusammenhang sozialer Wohnungsbau bzw. Flüchtlingswohnraum dringend notwendig.

Drittens muss im täglichen Arbeitsablauf eine quantitative Verlässlichkeit entstehen. Die Kommunen benötigen besonders jetzt Planungssicherheit und einen zeitlichen Vorlauf, um sich auf die zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Notunterkünfte und andere ad hoc-Übergangslösungen können nicht von Dauer sein.

Antworten des Oberbürgermeisters Frank Klingebiel, Stadt Salzgitter

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

In Salzgitter leben aktuell über 2000 Flüchtlinge mit unterschiedlichem Status.

- 1 153 Personen, davon 348 Minderjährige, erreichten uns über die Quote und beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Im Rahmen der Amtshilfeersuchen, zu denen sich das Land Niedersachsen Mitte Oktober mangels eigener Initiativen entschließen musste, nahmen wir an bislang 12 Terminen über 1 200 Flüchtlinge auf. Residenzpflicht besteht für diesen Personenkreis leider nicht, so dass sich hiervon zur Zeit ungefähr noch 200 Personen in Salzgitter aufhalten, diese Zahl variiert allerdings täglich.
- 883 Flüchtlinge erhalten Leistungen nach dem SGB II und werden vom Jobcenter betreut.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Zelte und Turnhallen brauchten wir in Salzgitter noch nicht in Anspruch nehmen, allerdings mussten wir um das Amtshilfeersuchen des Landes Niedersachsen zu erfüllen, kurzfristig einen Kinder- und Jugendtreff für die Unterbringung von Flüchtlingen zweckentfremden und ein leerstehendes Gewerbeobjekt (Lohnhalle eines leerstehenden Bergwerkes) nutzen. In Salzgitter verfolgen wir sozusagen ein Mischkonzept der zentralen und dezentralen Unterbringung. Konkret bedeutet das, dass die Flüchtlinge, die über das Amtshilfeersuchen Salzgitter erreichen und die Flüchtlinge, die uns über die Quote zugewiesen werden, als erstes in einer zentralen Unterkunft untergebracht werden, um ihnen nach der Fluchterfahrung für einige Wochen einen Schutzraum zu bieten und ihnen Alltags- und Haushaltskompetenzen zu vermitteln. Ziel ist es, diese Fähigkeiten möglichst rasch zu erlernen, um dann in einem zweiten Schritt die zentrale Unterkunft zu verlassen und in eine Wohnung zu wechseln. Aktuell gibt es in Salzgitter noch ausreichend Wohnungsleerstand und auch die Kooperation mit den Immobilienträgern verläuft so gut, dass die dezentrale Unterbringung in einzelnen Wohnungen gewährleistet ist.

Anders verhält es sich allerdings mit der zentralen Erstunterbringung, hier sind wir Ende Oktober an unsere Grenzen gestoßen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

In dem wir als Stadt kreativ nach Lösungen suchen (siehe Antwort zu Frage 5) und bereit sind, Geld einzusetzen, das wir jedoch von Bund und Land vollständig erstattet haben wollen. Zurzeit ist es uns noch möglich, die Flüchtlinge in festen Gebäuden unterzubringen, so dass sich die Frage nach der Wetterbeständigkeit nicht stellt.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Salzgitteraner gehen sehr offen und freundlich auf die Flüchtlinge zu. Grund hierfür ist sicherlich die von Zuwanderung geprägte Geschichte unserer Stadt. In Salzgitter leben seit Jahren über 110 Nationen miteinander, interkulturelle Begegnungen sind selbstverständlich, Willkommenskultur wird tatsächlich „gelebt“ und die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren ist bislang ungebrochen. Doch sicher wird sich diese positive Einstellung verändern, wenn es nicht gelingt die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, den Flüchtlingsstrom zu begrenzen und in geordnete Bahnen zu lenken. Wir müssen den sozialen Frieden aller im Blick behalten, sonst wird die Willkommenskultur kippen. Erste Erfahrungen in dieser Richtung haben wir gemacht als wir den Kinder- und Jugendtreff zweckentfremden und Konzerte, Gruppentreffen und Bandproben absagen mussten, also Einschränkungen deutlich bemerkbar wurden. Die Stimmung in der Bevölkerung wird sich spätestens dann ändern, wenn es zu „Entweder-oder- Entscheidungen“ kommt.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Auch in Salzgitter sind wir bereits an unsere Grenzen gestoßen und haben neben den unter Frage 2 geschilderten Maßnahmen entsprechende Investitionen für die Schaffung von weiteren zentralen Unterkünften tätigen müssen. Bereits im Sommer haben wir unsere vorhandene zentrale Unterkunft im wahrsten Sinne des Wortes um eine Etage aufgestockt, Container und Systembauteile beschafft und sind dabei zwei weitere leerstehende Unterkünfte auf diesem Gelände von Grund auf zu renovieren. Doch auch das wird bei unvermindertem Zuzug nicht ausreichen. Wir sind gerade im Abstimmungsprozess und beabsichtigen ein eigenes Gewerbeobjekt zu errichten, das vorübergehend als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll, da wir sonst um die Nutzung von Sporthallen oder anderer öffentlicher Gebäude nicht vorbeikämen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Die Stadt Salzgitter hat bereits 2014 erkannt, das mit einer Flüchtlingswelle größeren Ausmaßes zu rechnen seien wird. Die Stadt Salzgitter hat deshalb bereits damals begonnen eine besondere Willkommenskultur für Flüchtlinge in Salzgitter zu entwickeln: Die Präventionskette "Start in SZ". Ausgangspunkt war der im Herbst 2013 gegründete „Runde Tisch Flüchtlinge“. Dazu gehörte aber auch die Ausformulierung von Leitlinien der Willkommenskultur, wie die Begleitung der Flüchtlinge vom ersten Tag an, damit sie das „Regelsystem“ der Hilfsangebote schnell erreichen oder die Sprache als Basis für die Integration: Die Stadt Salzgitter unterstützt Sprachanbahnung und Sprachvermittlung vom ersten Tag an, z. B. in Form eines Start-Sprachkurse für Flüchtlinge ohne Sprachkursanspruch. Aber auch die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Kombination aus zentraler und möglichst rascher dezentraler Unterkunft gehört dazu. Alle Leitlinien und Informationen zur Willkommenskultur sind auf der Internetseite der Stadt Salzgitter (www.start-sz.de) zu finden.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Die Herausforderung für 2016 sehen wir in der Integration der nach Salzgitter gekommenen Flüchtlinge. Im Moment liegt, gerade bei den Flüchtlingen, die per Amtshilfeersuchen des Landes Niedersachsen aufgenommen werden, die Priorität in der Versorgung der Menschen mit Kleidung, Nahrung und Unterbringung. Wenn Integration gelingen soll, geht es aber auch darum, für diese Menschen Salzgitter zu einer neuen Heimat zu machen. Wir wollen ihnen ermöglichen so schnell wie möglich die deutsche Sprache zu erlernen. Außerdem werden wir alles versuchen, um für sie eine Tätigkeit, im Bestfall mit fester Arbeitsstelle (soweit rechtlich möglich), zu finden. Wichtig ist, dass die Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens nicht untätig Jahre lang auf die Entscheidung warten müssen, sondern vorher schon eine sinnvolle Beschäftigung finden. Die Vielzahl der anstehenden Integrationsaufgaben kann die Stadtverwaltung jedoch nicht alleine umsetzen. Hier braucht sie nach wie vor das Ehrenamt und vor allem brauchen wir auch eine verlässliche Erstattung der Kosten durch Bund und Land, und zwar vollständig in der Höhe, in der sie den Kommunen tatsächlich entstehen!

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Wenn Bund und Land endlich im Sinne eines Marshallplanes handeln, unsere Forderungen erfüllen und allen Versprechungen auch Taten folgen würden, bin ich mir sicher, dass die Kommunen vor Ort die Herausforderungen, die der Flüchtlingszustrom an uns stellt, auch meistern werden!

Antworten des Oberbürgermeisters Markus Lewe, Stadt Münster

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

In 2015 wurden in Münster bislang 2 700 Flüchtlinge aufgenommen; 4 775 Flüchtlinge und Asylbewerber leben in der Stadt (Stand: 50. Kalenderwoche 2015)

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

In Münster müssen derzeit keine Zelte und Turnhallen genutzt werden. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ist in geringem Umfang möglich.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Nutzung von Gebäuden auf ehemaligen militärischen Liegenschaften und von ehemaligen Bürogebäuden, Errichten von Unterkünften in Holzrahmenbauweise und von Wohncontainer-Unterkünften.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Sehr gut. Es gibt unverändert enormes bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge. Zugleich wird öfter die Sorge geäußert, dass die Infrastruktur der Stadt – insbesondere Schulen und Kindertageseinrichtungen – den kontinuierlich steigenden Zugängen nicht gewachsen sind. Diese Sorge richtet sich jedoch nicht gegen die Flüchtlinge.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Es wird zunehmend schwierig, Münster arbeitet seit Monaten an der Grenze des noch Möglichen. Wenn das Niveau der Zuweisungen nicht steigt, kann Münster voraussichtlich noch wenige Monate weitere Menschen aufnehmen und menschenwürdig unterbringen.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Gemessen an den schwierigen Voraussetzungen gelingt das gut durch die konzertierte Aktion von: vielen Ämtern der Stadtverwaltung, ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Hilfsorganisationen und weiteren Kooperationspartnern. Beispiele: Bildungsberatung, Integration Point, Gesundheitscheck und -beratung, Deutschkurse, soziale Begleitung in Unterkünften, Aufnahme in KITAS und Schulen.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Bereitstellung von Wohnraum und von personellen und finanziellen Ressourcen für die menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge und den nahtlosen, sofortigen Übergang zur Integration der Menschen mit Bleibeperspektive.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die Einigung auf europaweite Rahmenbedingungen und Quoten für die Aufnahme Zuflucht suchender Menschen wird zur Bewährungsprobe für die Europäische Union. Versäumnisse und Erfolge der EU-Flüchtlingspolitik schlagen unmittelbar auf jede einzelne Kommune durch. Kommunen, Kommunalverbände und ihre Spitzenorganisationen müssen in der EU staatenübergreifend gemeinsam für eine menschenwürdige und realitätsnahe EU-Flüchtlingspolitik initiativ werden.

Antworten des Oberbürgermeisters Jochen Partsch, Stadt Darmstadt

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat ca. 2 500 Flüchtlinge in Darmstadt in Notunterkünften aufgenommen. Aktuell leben ca. 3 800 Menschen mit Fluchterfahrungen in der Stadt.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Seit Mitte Oktober werden keine Flüchtlinge in Darmstadt mehr in Zelten untergebracht. Alle Flüchtlinge leben in festen Gebäuden. Für die Notunterkünfte nutzen wir zwei Sporthallen und ein Bürgerhaus. Darin leben Stand heute 760 Menschen. Bis Oktober 2015 waren alle unserer Stadt zugewiesenen Flüchtlinge/Asylbewerber dezentral in Hotels/Pensionen oder Wohnungen untergebracht. Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen bringen wir Flüchtlinge seitdem auch in sogenannten Erstwohnhäusern unter.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Wir haben leerstehende Gebäude der Bundeswehr und der 2008 abgezogenen US-Armee hergerichtet und darin Flüchtlinge untergebracht sowie die genannten Hallen als Notunterkünfte genutzt. Bisher reichen die Gebäude, die wir herrichten konnten oder zur Verfügung gestellt bekamen, aus, um alle Flüchtlinge winterfest unterzubringen.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

In der Wissenschaftsstadt Darmstadt gibt es eine positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen, dies drückt sich u.a. in einer sehr hohen Engagementbereitschaft aus. Der Magistrat informierte bereits in über 10 Informationsveranstaltungen über die aktuelle Lage und die nächsten Schritte. An diesen Veranstaltungen haben über 4 000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Wir erleben eine hohe Zustimmung der Bürgerschaft in Bezug auf die Aufnahme der geflüchteten Menschen und den Umgang der Verwaltung und der Politik mit dieser Herausforderung. Die Hilfsbereitschaft unter den Bürgerinnen und Bürgern ist in den letzten Monaten mit der steigenden Zahl an asylsuchenden Menschen in Darmstadt weiter gestiegen, über 1.000 Menschen haben sich beispielsweise in der Datenbank des Freiwilligenzentrums für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe registriert. Außerdem gibt es sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich als Sprachmittlerinnen engagieren, häufig haben diese Sprachmittlerinnen eine eigene Migrationsgeschichte. Vereinzelt gibt es auch kritische Stimmen aus der Bürgerschaft, diese betreffen vor allem Fragen in Bezug auf die Sicherheit im Quartier, die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt und Integrationsmöglichkeiten.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Der Magistrat arbeitet mit Hochdruck daran, weitere Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen zu finden und herzurichten. Die grün-schwarze Koalition wird ein massives Wohnbauförderungsprogramm auflegen, hierfür wurden 25 Mio. Euro für Grundstückserwerb etc. in die Rücklage gegeben. Bis 2020 sollen 10 000 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Alle zugewiesenen Flüchtlinge werden umfassend sozialpädagogisch betreut und es werden Maßnahmen zur Integration in Ausbildung und Arbeit und zur Vermittlung in eine eigene Wohnung angeboten. Das gilt teilweise auch für die Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Notunterkünften. Überall wird sozialpädagogische Betreuung sichergestellt und werden beispielsweise Deutschkurse oder andere Freizeitaktivitäten (Sport, Handarbeiten, Kinderbetreuung etc.) angeboten und durchgeführt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

In der Unterbringung der asylsuchenden Menschen.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Die staatlichen Ebenen, die aktive Bürgerschaft und die kommunalen Akteure müssen koordinierter und abgestimmter handeln. Dazu sollte man sich die positiven Erfahrungen der Bund-Länder-Initiative Soziale Stadt zu nutze machen und ein entsprechendes Bund-Länder-Programm zur Integration auflegen.